

Das Beispiel einer Berliner Schule hat eine Grundsatzdebatte über den richtigen Weg zu einer besseren Integration ausgelöst: Deutschpflicht auf dem Schulhof – oder Mehrsprachigkeit schon im Vorschulalter?

# Ohne Sprache kein Wissen

Von Özlem Topcu

ADEM DEMIREL KANN die ganze Aufregung um die Deutschpflicht auf dem Schulhof nicht verstehen. Der 14jährige Schüler steht mit einer Gruppe von Klassenkameraden vor der Herbert-Hoover-Schule im Berliner Stadtteil Wedding. Es ist der letzte Schultag vor den Winterferien. Gerade wurden Halbjahreszeugnisse verteilt. Adem ist ein guter Schüler, nur Einser und Zweien stehen in seinem Zeugnis. In Deutsch hat der türkische Junge eine Zwei.

Gute Deutschkenntnisse sind an einer Lehranstalt, deren Schüler zu 90 Prozent aus Zuwandererfamilien stammen, keine Selbstverständlichkeit. Auch nicht an der Hoover-Schule. Die Berliner Realschule hatte sich im vergangenen März deshalb entschlossen, den Deutschkenntnissen mit einer besonderen Maßnahme auf die Sprünge zu helfen: Deutsch ist seitdem nicht nur im Unterricht die Pflichtsprache, sondern auch in den Pausen und auf Klassenfahrten. Das wurde sogar in die Hausordnung geschrieben.

„Unser Deutsch ist besser geworden.“

ASAD SULEIMAN, Schülersprecher der Herbert-Hoover-Schule in Berlin

von allen Schülern unterzeichnet, von Eltern und Lehrern abgesehen. „Ich finde es gut, daß wir nur noch Deutsch sprechen sollen. Schließlich leben wir in Deutschland und wollen hier einen Ausbildungsplatz bekommen“, sagt Adem.

Was für die Schüler der Herbert-Hoover-Schule seit Monaten Alltag ist, sorgt seit vergangener Woche bundesweit für Diskussionen. Da hatte Berlins Bildungsminister Klaus Böger (SPD) die Initiative der Schule aufgegriffen und sie allen Berliner Schulen empfohlen. Als dann noch Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) forderte, diese Maßnahme über die Grenzen Berlins hinaus umzusetzen, begann prompt eine Grundsatzdebatte.

Befürworter träumen schon vom Ende aller Integrationsprobleme, wenn Deutsch als Schulsprache gesetzlich vorgeschrieben würde. Kritiker sehen darin die Verletzung der Persönlichkeitsrechte und warnen vor einer staatlich betriebenen Diskriminierung. Vergessen wird darüber, warum es der Schule eigentlich geht: Die Sprachkompetenz von Kindern – vor allem aus Zuwandererfamilien – soll verbessert werden. Das sei die wichtigste Voraussetzung für Bildung und Integration, sagt der stellvertretende Leiter der Herbert-Hoover-Schule, Hans-Joachim Schriefer: „Unsere Schüler trainieren dadurch Deutsch auch außerhalb des Klassenraums.“ Mit großem Zuspruch: Seit Einführung der Deutschpflicht sind die Anmeldezahlen für die Schule um 20 Prozent gestiegen.

Einen anderen Weg hat dagegen die Heinrich-Wolgast-Schule in Hamburg gewählt – obwohl sie das gleiche Ziel verfolgt. Dort setzt man auf einen frühzeitigen zweisprachigen Unterricht. Die Förderung der Muttersprache wird als wichtigste Voraussetzung für das Erlernen jeder weiteren Sprache gesehen: „Je differenzierter Kinder ihre eigene Sprache sprechen, desto besser lernen sie Deutsch“, sagt Schulleiterin Petra Demmin.

Auf der deutsch-türkischen Grundschule gibt es neben regulären, einsprachigen Klassen auch zweisprachige, in denen je zur Hälfte deutsch und türkisch sprechende Kinder sitzen. In diesen Klassen wird in beiden Sprachen unterrichtet. „Die Erfahrungen sind sehr gut – auch außerhalb des Unterrichts“, sagt Demmin. In der Pause wechselten die türkischen Kinder unbewußt ins Deutsche, sobald ein deutsches Kind dazu stoße. „Die Gefahr der Ausgrenzung der einen oder anderen Gruppe besteht daher nicht.“ Das Deutschgebot der Berliner Schule

sieht die Pädagogin dagegen kritisch: „Es kann nicht die Rede von ‚Bemühen um Integration‘ sein, wenn Zuwandererkindern verboten wird, in der Freizeit ihre Sprache zu sprechen. Für die Integration ist es wichtig, die Muttersprache und damit die Identität wertzuschätzen.“

Das sehen auch viele Sprach- und Erziehungswissenschaftler so. „In einer globalisierten Welt müssen wir lernen, mit Mehrsprachigkeit umzugehen, auch wenn man die Sprache des anderen nicht immer versteht“, sagt Ursula Neumann, Professorin am Institut für International und Interkulturell Vergleichende Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg. Die Muttersprache lasse sich nicht unterdrücken. Und das sei auch nicht wünschenswert.

Längst haben auch die meisten Eltern erkannt, wie wichtig es ist, mehrere Sprachen zu beherrschen. Eine Umfrage des Allensbach-Instituts ergab: 58 Prozent aller Deutschen wollen, daß ihre Kinder schon ab dem ersten Schuljahr eine Fremdsprache lernen.

In den USA gibt es unter karrierebewußten Eltern sogar den Trend, die Mehrsprachigkeit vom zweiten Lebensjahr an zu fördern. Dort sind derzeit chinesische Kindermädchen angesagt, die mit dem Nachwuchs, dessen Muttersprache Englisch ist, ausschließlich Mandarin sprechen. Denn der fernöstlichen Sprache gehört die Zukunft, davon sind die ehrgeizigen Eltern überzeugt. Schließlich gewinnt die Wirtschaftsmacht



Nichts hören, nichts sagen, nichts sehen? Von wegen: Diese drei Schüler der Herbert-Hoover-Schule in Berlin befürworten die Deutschpflicht auf dem Schulhof, wie ihre Mitschüler auch. Denn sie sehen ihre Zukunft in Deutschland, wollen das Land und seine Sprache verstehen und mitreden

AMIN AKHTEAR

## Deutschpflicht auf dem Schulhof

### DIE BEFÜRWORDER

Deutsch als Pflichtsprache auf dem Pausenhof halten neben dem Berliner Bildungsminister Klaus Böger (SPD) auch die zuständigen Minister in Hessen, Brandenburg, Niedersachsen, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Hamburg für eine sinnvolle Maßnahme zur Förderung der Deutschkenntnisse. Voraussetzung ist jedoch, daß sich eine Schulkonferenz, also Eltern, Lehrer und Schüler gemeinsam, darauf einigt. Die Staatsministerin für Integration, Maria Böhmer (CDU), hat sich ebenfalls für die Deutschpflicht auf Schulhöfen ausgesprochen: „Ja zu Deutsch im gesamten schulischen Leben heißt auch Ja zur Integration.“ Der CSU-Bundestagsabgeordnete Andreas Scheuer ist sogar für ein Deutschgebot in Schulen mit Sanktionen: „Integration beginnt mit Sprache. Wenn sich ausländische Schüler nicht daran halten, sollten Lehrer angemessene Strafen verhängen dürfen.“

### DIE GEGNER

Die Kultusministerien von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Bremen und Bayern haben sich gegen das Berliner Deutschgebot ausgesprochen. Bremens Bildungsminister Willi Lemke ist zwar dafür, daß Einwandererkindern motiviert werden, häufiger Deutsch zu sprechen, „aber nicht als Verordnung“. Der Bildungsminister Sachsen-Anhalts Jan-Hendrik Olbertz hält eine Deutschpflicht gar für „völlig verfehlt“. Auch Thüringens Kultusminister Jens Goebel ist überzeugt: „Verbote helfen nicht weiter.“ Vielmehr sollten Schulen dafür sorgen, daß ihre Schüler Deutsch mit Freude lernen.

China immer mehr an Einfluß. Das Beispiel der Hamburger Schule zeigt jedoch, daß sich nicht nur die Elite, sondern auch sozial schwächer gestellte Einwandererfamilien einen möglichst frühen Mehrsprachenunterricht für ihre Kinder wünschen. Die Nachfrage gerade unter ihnen sei sehr groß, sagt Schulleiterin Demmin.

Andererseits sind es auch an der Berliner Herbert-Hoover-Schule vor allem nichtdeutsche Eltern, die das Konzept der Schule unterstützen, erst einmal eine Sprache richtig zu lernen – und

zwar Deutsch. Sie sehen darin die Voraussetzung für einen guten Schulabschluß ihrer Kinder und für mehr Chancengleichheit im deutschen Ausbildungssystem. Überzeugt hat sie dabei auch, daß die Hoover-Schule dieses Ziel nicht nur mit der Deutschpflicht auf dem Schulhof verfolgt, sondern auch die Zahl der Deutschstunden erhöht hat.

„Unser Deutsch ist wirklich besser geworden seit Einführung der Deutschpflicht“, versichert Schülersprecher Asad Suleiman, 17. Als Opfer der umstrittenen Verord-

nung sieht er sich und seine Mitschüler nicht – auch wenn er zugeibt, daß viele sich nicht immer an die Deutschpflicht halten. Und was passiert in einem solchen Fall? „Sanktionen oder Kontrollen gibt es bei uns nicht. Wir sind uns bewußt, daß sich die Schüler trotzdem weiter in ihrer Muttersprache unterhalten“, sagt der stellvertretende Schulleiter Schriefer. Denn natürlich gehe es an seiner Schule nicht darum, die Muttersprache zu unterdrücken, vielmehr sollten die Voraussetzungen für eine gemeinsame Sprache geschaffen werden.

ANZEIGE

Bundesrepublik Deutschland  
Finanzagentur GmbH



Ihr Kind träumt davon, Tierarzt zu werden. Dann können Sie darauf hoffen, dass sich das auswächst. Oder dafür sorgen, dass es Wirklichkeit wird.

Damit die Berufsträume Ihres Kindes wahr werden, sollten Sie sich rechtzeitig vorbereiten. Bundeswertpapiere sind dafür genau die richtige Geldanlage – und noch mehr. Sie können damit kurz-, mittel- oder langfristige Ziele verfolgen, Anschaffungen planen, die Ausbildung sichern und fürs Alter vorsorgen – monatlicher Auszahlungsplan inklusive. Mehr Informationen jetzt unter 069/95114269 oder per Coupon.

**Bundesschatzbriefe:** Anlage mit 6 bis 7 Jahre steigenden Zinsen.  
**Finanzierungsschätze:** Anlage mit 1 oder 2 Jahre festgelegten Zinsen.  
**Bundesschatzbriefe, Bundesanleihen, Bundesschatzweisungen:** Börsennotierte Wertpapiere mit unterschiedlichen Laufzeiten, festgelegten Zinsen und garantiertem Rückzahlungswert.

Bitte schicken Sie mir kostenlos ausführliche Informationen. Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Lurgallee 5, 60295 Frankfurt/M., Fax 069/95114160, Mail: bwp@deutsche-finanzagentur.de

Name \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Weitere Informationen zu Bundeswertpapieren: automatischer Ansgedienst 069/95114159, Faxabruf aktuelle Konditionen 069/257020010, Faxabruf Kurse & Renditen 069/257020012, Oder bei der Bundeswertpapierverwaltung: Service-Center 06172/108222 oder 030/69034222, Service-Computer 06172/108930 oder 030/69034930.

Wer will, der kann. Bundeswertpapiere.

## Verbraucherminister will Spezialeinheit für Fleischskandale Behörden versagten bei Ekel-Wildfleisch

NACH DEM JÜNGSTEN Skandal bei einem bayerischen Wildfleischproduzenten will das Verbraucherschutzministerium mehr Druck auf die Länder ausüben, den von Minister Horst Seehofer (CSU) vorgelegten Zehn-Punkte-Plan zügig umzusetzen. „Die Verantwortung für diesen Fall liegt eindeutig in Bayern, wo die Kontrollmechanismen offenbar nicht zufriedenstellend funktioniert haben“, sagte Gerd Müller, Parlamentarischer Staatssekretär im Verbraucherschutzministerium.

Verbesserte Kontrolle war einer der zehn Punkte, die Seehofer nach den Gammelfleisch-Skandalen vor einigen Wochen als Sofortmaßnahme vorgelegt hatte. Nur ist sein Einfluß hier begrenzt, da Lebensmittelkontrolle Ländersache ist. Nun drängt er darauf, daß die Länder endlich offenlegen, wie intensiv und häufig sie kontrollieren. In zwei Wochen sollen sie ihm dazu Bericht erstatten.

Auslöser des jüngsten Skandals ist der größte deutsche Wildhändler, die Passauer Firma Berger. Schon vor einer Woche waren in zwei ihrer Betriebsstätten „ekelerregende hygienische Zustände“

festgestellt worden, wie die Behörden mitteilten. Zahlreiche Tiefkühl- und Frischfleischprodukte waren verdorben.

Am Dienstag hatte Bayerns Verbraucherschutzminister Werner Schnappauf (CSU) daraufhin eine bundesweite Rückrufaktion eingeleitet. Inzwischen wurde bekannt, daß die Firma Ware an 140 Betrieben in Deutschland, Österreich, Italien und Frankreich geliefert hat. Am Freitag wurde den beiden betroffenen Betriebsstätten der Firma die Zulassung entzogen.

Doch längst stehen auch die Aufsichtsbehörden in der Kritik. Denn der Zoll soll bereits Mitte 2004 Hinweise auf unzulässig verlängerte Haltbarkeitsdaten und Umetikettierungen gefunden haben. Zwar habe die Staatsanwaltschaft dies an die zuständigen Behörden weitergegeben. Doch diese unternahmen nach eigener Aussage nichts, weil sie laufende Ermittlungen nicht gefährden wollten.

Auf Grund der Pannen will Seehofer nun eine Mitteilungspflicht für Ermittlungsbehörden an die Lebensmittelaufsichter festschreiben. „Wir sind dabei, eine rechtliche Verpflichtung zu schaffen“,

kündigte Staatssekretär Müller an. Auch Bayerns Verbraucherschutzminister Schnappauf plant Konsequenzen: Er will eine bayernweit einsetzbare Spezialeinheit einrichten. „In dieser Task Force sollen Spezialisten zusammengezogen werden, die in Fällen wie Passau verschärft prüfen und kontrollieren“, sagte Schnappauf.

Zudem hinterfragt er das System der amtlichen Fleischbeschau. In den meisten Ländern werden niedergelassene Tierärzte damit beauftragt. So auch im Passauer Fall. Warum die beiden Veterinäre, die dort regelmäßig prüften, nichts meldeten, ist unklar. Beide wurden suspendiert.

Schnappauf schlägt nun vor, die Verträge mit den Tierärzten zeitlich zu befristen und häufiger zu wechseln. Alternativ denkbar sei auch, „die Aufsicht einem privaten Unternehmen zu übertragen – einer Art Lebensmittel-TÜV für die Fleischbeschau“. Dazu müßte sie zu einer staatlichen Aufgabe gemacht werden. Die Länder könnten diese dann an eine Firma vergeben und nach bestimmten Fristen neu ausschreiben.

Peter Issig, Heike Vowinkel